ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Steindl, Josef

Article

Die gegenwärtige Krise aus der Sicht von J. M. Keynes

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Steindl, Josef (1983) : Die gegenwärtige Krise aus der Sicht von J. M. Keynes, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 9, Iss. 1, pp. 7-16

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/332109

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Die gegenwärtige Krise aus der Sicht von J. M. Keynes[1]

Josef Steindl

Um eine sinnfällige Beziehung zwischen dem Titel und dem Inhalt des Vortrags herzustellen, will ich an den Beginn jedes Abschnittes ein Zitat von Keynes stellen.

Budgetdefizit und Staatsverschuldung

". . . economy is only useful from the national point of view in so far as it diminishes our consumption of imported goods." Essays in Persuasion p. 239

Als Ausgangspunkt dienen zwei Themen: Die Austerity-Politik sozialistischer Regierungen (Mitterand) und die Frage wieso es seit 1975 überall so große Budgetdefizite gibt. Es ist dem Finanzminister im Prinzip wohl möglich, den Umfang des Budgets (genauer gesagt, der diskretionären Ausgaben) zu bestimmen, das Budgetdefizit aber hängt in weitem Ausmaß von der Größe der effektiven Nachfrage, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, kurz BIP, ab, es ist also in diesem Sinn endogen bestimmt. Genauer: Es hängt von dem Zusammenspiel von Leihen und Borgen der verschiedenen Sektoren: Privatunternehmen, Haushalte, Zahlungsbilanz, Budget ab. Das läßt sich am besten auf Grund einer Identität aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erklären:

$$(I - S_u) + (X - M) + (G - T) = (S_h - H). \qquad (1)$$

Dabei bedeutet

I private Bruttoinvestitionen

1 Vortrag gehalten im Arbeitskreis Dr. Benedikt Kautsky, Jänner 1983

S_u Bruttosparen der Unternehmungen
S_h Haushaltsparen
H Ausgaben der Haushalte für Wohnhausbau
X Exporte
M Importe
G öffentliche Ausgaben
T Steuereinnahmen

Die Gleichung (1) drückt aus, daß der Summe des verliehenen Geldes eine gleich große Summe von geborgtem Geld gegenüberstehen muß. Die drei Klammerausdrücke auf der linken Seite von (1) sind positiv, wenn die Unternehmungen Kredit nehmen ($I - S_u > 0$), die Zahlungsbilanz $X - M$ aktiv ist, und ein Defizit im öffentlichen Haushalt da ist ($G - T > 0$), also alle drei Sektoren borgen. Die Haushalte werden in der Regel Geld verleihen ($S_h - H > 0$).

Die Klammerausdrücke in (1) sind voneinander abhängig, sie sind endogen bestimmt. Wollen wir Größen herausschälen, die wenigstens kurzfristig exogen sind, so können wir sie nach einer bloßen Umstellung der obigen Größen auf der linken Seite von (2) finden:

$$I + X + G + H = S_h + S_u + M + T. \qquad (2)$$

Das heißt, die Summe von Investition, Export und Budgetausgaben wird finanziert durch Sparen der Unternehmungen und der Haushalte, durch Importe und durch Steuern.

Wie paßt sich die rechte Seite von (2) an die linke an? Das Vehikel dafür ist die Nachfrage, das BIP. Nun ist von den Größen rechts das Haushaltsparen am wenigsten für eine Anpassung geeignet. Es reagiert nicht oder eher pervers, d. h. die Sparquote steigt in der Rezession. Andrerseits reagiert das Budget sehr stark. Es sind das Eigenheiten unserer zeitgenössischen Wirtschaft:

a) Eingebaute Stabilisatoren; etwa die Hälfte einer Budgetausgabe kommt wieder zum Finanzminister zurück.
b) Das Haushaltsparen ist inflexibel oder pervers weil der Konsum dauerhafter Güter von den Erwartungen über das künftige Einkommen abhängt und daher oft stärker steigt oder sinkt als das disponible Einkommen. Dies um so eher, als dieser Konsum teilweise durch Kredit finanziert wird. Dabei erfolgt die Reaktion der Nachfrage bei dauerhaften Konsumgütern sehr rasch, im Gegensatz zu Investitionsgütern.

Die Anpassung der rechten Seite wird also hauptsächlich auf dem Weg über Profite, Steuereinnahmen und Importe zustandekommen.

Wenden wir uns nun zu der Frage, was uns die hohen Budgetdefizite seit 1975 beschert hat. Fassen wir die Gesamtheit der OECD ins Auge. Die Privatinvestitionen sind mit der Abschwächung des Wachstums gesunken. Die Zahlungsbilanz konnte dafür keinen Ausgleich bieten, sie hat sich durch den Ölschock vielmehr verschlechtert.

Die Reaktion der Haushalte war stark „pervers", weil sie die Käufe von Autos etc. mehr einschränkten als ihrem Einkommensverlust entsprach. Als Folge davon ist die Summe von Haushaltsparen und Unternehmersparen kaum zurückgegangen. Das Loch, das durch den

Rückgang der Privatinvestitionen entstanden ist, mußte in der Hauptsache durch Budgetdefizite gedeckt werden. Wir sehen daher, daß etwa in der BRD, Frankreich und Japan seit 1975 das Budgetdefizit einen viel größeren Teil und die Investition einen kleineren Teil des Haushaltsparens absorbiert als vorher.

Wir können daraus eine Lehre ziehen. Für die Gesamtheit aller Länder kann die Zahlungsbilanz keine Ausgleichsfunktion übernehmen. Der Druck eines Rückgangs der Nachfrage muß durch die Profite und das Budgetdefizit aufgefangen werden, und wenn das Haushaltsparen pervers ist, dann werden die Budgetdefizite praktisch allein die Anpassung bewerkstelligen müssen. Wird nun ein Rückgang der Nachfrage durch eine restriktive Budgetpolitik ausgelöst, so wird international die Folge sein, daß die Budgeteinnahmen in gleichem Ausmaß sinken wie die (diskretionären) Ausgaben gekürzt worden sind. Das Fiasko des mißglückten Budgetausgleichs wird auch dann nicht aufhören, wenn nach einiger Zeit das Haushaltsparen teilweise wieder zurückgeht, denn inzwischen hat eine negative Reaktion der Investitionstätigkeit stattgefunden, so daß das Unternehmerborgen seinerseits sinkt.

Es ergibt sich, daß das Budgetdefizit erlitten und nicht erzeugt wird. Das gilt für die Welt als Ganzes und ist daher direkt relevant für die Beurteilung etwa der Politik des I M F, der systematisch weltweite fiskalische Restriktion anstrebt. Für ein einzelnes Land dagegen kann die „austerity" insoweit das Budgetdefizit reduzieren als sie die Zahlungsbilanz verbessert. Sollten die gegenwärtigen Abgänge im Budget auf diese Weise „saniert" werden, müßten wir ein gewaltiges Zahlungsbilanzaktivum produzieren. (Nebenbei: Eine Motivierung für das lange Festhalten an einem solchen Aktivum etwa in Japan oder der BRD ergibt sich hier zwanglos daraus, daß diese Länder dadurch ihre Budgetdefizite niedrig halten konnten).

Auf internationaler Ebene ist die „austerity" vollkommen sinn- und zwecklos. Es wäre daher naheliegend, sich zwischen den Nationen auf eine Beendigung dieser Geißelungspraktiken zu einigen. Man spricht ja auf internationalen Konferenzen über Handelshemmnisse etc; und ist die „austerity" etwa weniger ein Handelshemmnis, weniger ein Versuch, dem Nachbarn das Wasser abzugraben?

Haushaltsparen und Sparförderung

"It should be obvious that mere abstinence is not enough by itself to build cities or drain fens . . . It is enterprise which builds and improves the worlds' possessions". Treatise on Money II, p. 132.

In vielen Ländern ist die Sparquote im Laufe der Nachkriegsjahrzehnte langsam gestiegen.

Da das Haushaltsparen in den letzten Jahren zum Großteil von der öffentlichen Hand geborgt werden muß, fragt man sich wie zeitgemäß die Sparförderung im Prinzip noch sein kann. Sie hat dazu beigetragen,

daß in den letzten Jahrzehnten ein beträchtliches Rentiereinkommen entstanden ist, das zum guten Teil aus der Staatskasse fließt (rd. 30 Mrd.). Staatsverschuldung und Haushaltsparen bzw. Rentiereinkommen sind zwei verschiedene Seiten ein und derselben Medaille. Die Sparförderung – sobald einmal keine wirkliche Übernachfrage und Überbeschäftigung besteht – wirkt der Investitionsförderung diametral entgegen. Sie fördert in Wirklichkeit nicht das Sparen sondern die finanzielle Anlage, d. h. das Rentierverhalten. Je mehr man für finanzielle Veranlagung kriegt, desto weniger attraktiv wird die reale Veranlagung von Vermögen (die ja mehr bieten müßte, weil sie riskant ist). Es wird der Angebotspreis des Realkapitals (der Investition) erhöht; das kann entweder auf die Preise überwälzt werden (beim Wohnbau) oder aber es führt zur Schwächung des Investitionsanreizes. Der Gegensatz zwischen Rentier und Industrieunternehmer (Investition) ist ein typisch keynesisches Thema. Die Inflation hat der Prosperität des Rentiers entgegengewirkt, solange sie nicht von der Hochzinspolitik sozusagen übertölpelt worden ist. Diese Politik war vom Interesse der Rentiers und der mit ihnen politisch alliierten Banken getragen.

Durch die Hochzinspolitik wird die negative Auswirkung des Haushaltsparens auf die Gewinne der Unternehmer und auf das Budget noch verstärkt. In diesem Zusammenhang muß bemerkt werden, daß der Rückgang der Inflationsraten dort, wo zu hohen und festen Zinssätzen langfristig finanziert wurde (also z. B. in England) erhebliche Schwierigkeiten für das Budget bringt. Ich bin nicht ganz sicher, ob diese Schwierigkeiten nicht dazu führen werden, daß man schließlich – auf dem Weg über erhöhte indirekte Besteuerung – sozusagen reuig zu höheren Inflationsraten zurückkehren wird. Das umsomehr als Unternehmer, die langfristig zu festem Zins finanziert haben, ebenso betroffen sind und damit indirekt – in der heutigen Lage – auch ihre Banken.

Internationale Aspekte – die unfreundliche Außenwelt

(Keynes über die Kapitalisten in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg): *"They allow themselves to be ruined and altogether undone by their own instruments, governments of their own making, and a press of which they are the proprietors"*. The Consequences of the Peace. p. 150.

Ich bin davon ausgegangen, daß die Privatinvestitionen seit 1975 überall schwächer waren als vorher. Woher ist dieser Trendumschwung gekommen? Mein Eindruck – der sich sofort im Jahre 1975 gebildet hat – war, daß es sich um eine radikale Änderung der wirtschaftspolitischen Strategie handelte, um eine Wendung gegen die Vollbeschäftigung (in U. S. und der BRD, später in England – die anderen Länder sind mehr oder weniger gezwungen worden, nachzufolgen). Ganz so wie man oft ein Kriegerl beginnt und sich dann wundert, wenn ein Krieg daraus wird, hat man sich hier mit Kriserln herumgespielt und ist jetzt perplex weil eine Mordskrise herausschaut. Was hier an Vertrauen und Dynamik zerstört worden ist, wird man nicht so bald wiederherstellen. Außer

der Politik haben wohl auch strukturelle Veränderungen im Kapitalismus eine Rolle gespielt: Zunehmende Erstarrung durch die Konzentration und geringeren Zustrom von neuen Unternehmern. Symptomatisch für eine ungesunde Entwicklung ist das Vorwiegen des Interesses an "take-overs" in U. S. und England, also am Aufkauf bestehender Unternehmungen anstatt realer Investitionen. Vom produktionstechnischen Standpunkt sind diese Übernahmen meist erfolglos und nicht zu rechtfertigen. So sagt William C. Norris, Gründer der Control Data Corporation, von den 50.000 Aufkäufen seit 1953, daß 70 Prozent fehlgeschlagen sind. Die Innovation wird unterdrückt, das team zerstreut sich, die Unternehmung wird unterhöhlt.

Wir sind seit 1975 in diese feindliche Welt eingebettet, die von Gläubigerländern, der internationalen *haute finance* und den Rentiers regiert wird.

Diese Hilflosigkeit hat eine Geschichte. Die Länder Europas sind nach dem Krieg durch das Versprechen oder die Vorspiegelung einer funktionierenden Weltwirtschaftsordnung dazu gebracht worden, sich nach außen hin zu öffenen (im Waren- und Zahlungsverkehr). Das Vertrauen war deplaciert, denn es gibt diese Ordnung nicht und gab sie von Anfang an nicht: Das Weltwährungssystem von Bretton Woods hat nur funktioniert, weil die Amerikaner durch Marshallplan, Direktinvestitionen und Anleihen Dollars hineingepumpt haben, letzten Endes dann zu viel, so daß man sie nicht mehr halten wollte. Darauf folgte dann das gegenwärtige System, in dem die Wechselkurse der Willkür von Kapitalströmen ausgeliefert sind, die ganz irrationale Resultate produzieren. Der schrankenlose Kapitalverkehr ist mit einer stabilen Ordnung nicht vereinbar. Die Länder, insbesonders Österreich, haben sich inzwischen so stark auf Export eingestellt, daß sie überaus verwundbar sind.

Die Fragen, die uns heute peinigen sind dieselben, die sich Keynes in den ersten Kriegsjahren stellte, als er über die Methode nachdachte, mit der sich England in der Nachkriegszeit über Wasser halten können würde. Die Alternativen waren: Eine tragfähige internationale Ordnung, in Übereinstimmung mit Amerika ausgearbeitet, oder aber Bilateralismus nach dem Vorbild von Schacht. Protektionismus hat er dabei nicht explizit in Betracht gezogen, obwohl er früher, am Beginn der Weltkrise, davor nicht zurückgeschreckt ist.

Versuchen wir, die Frage des Protektionismus ruhig zu analysieren: Sie hat zwei Seiten, eine internationale und eine interne. Vom Standpunkt des internationalen Wohlverhaltens erscheint Protektionismus als ein unfreundlicher Akt. Er nimmt andern Ländern effektive Nachfrage (den Markt) weg. Das tut man aber auch mit allen anderen Mitteln, mit denen man (im Alleingang) die laufende Zahlungsbilanz zu verbessern sucht, weil sie stets auf Kosten der andern gehen, stets ihnen einen Markt wegnehmen: Restriktion der Nachfrage durch fiskalische oder monetäre Politik, Abwertung oder Lohnsenkung, ja selbst technologische Konkurrenz. Es ist offenbar rein willkürlich wenn man einige dieser Methoden kriminalisiert und die andern nicht. Will man Kriterien

des internationalen Wohlverhaltens aufstellen, dann muß man offenbar andere finden. Es ist naheliegend die Zahlungsbilanz dafür zu wählen: Wer ein Defizit hat, hat gutes Recht sich zu wehren und dazu welche Methoden immer zu benützen. Wer strukturelle Überschüsse hat, steht als ein Schädling der internationalen Gemeinschaft da, der den andern Märkte wegnimmt ohne selbst entsprechenden Absatz zu bieten, der damit auch im internationalen Maßstab restriktiv wirkt. Das ist Keynes' Standpunkt.

Vom internen Standpunkt wirft der Protektionismus andere Probleme auf. Historisch gesehen fordert der Protektionismus, an verschiedenen Beispielen gesehen, ganz verschiedene, ja gegensätzliche Beurteilung heraus. Er erscheint in manchen Fällen als geeignetes, vielleicht sogar unerläßliches Instrument einer wirtschaftlichen Entwicklung (Beispiele liefern heute Japan, früher U. S., auch England im frühen Stadium der industriellen Revolution, ferner Deutschland, vor allem die deutsche chemische Industrie). In anderen Fällen ist er ganz offensichtlich nur das Mittel zur Erhaltung veralteter und ineffizienter industrieller Strukturen, ein Garant für Erstarrung und Stagnation (so in Österreich, oder in Frankreich in der Vorkriegszeit). Was macht den Unterschied? Ich glaube, es liegt daran, daß im ersten Fall der Protektionismus nur ein Teil einer aktiven planvollen Entwicklungspolitik ist; das ist offensichtlich in Japan, wo er in ein Konzept der Technologiepolitik eingebunden ist. Im andern Fall dagegen resultiert der Protektionismus lediglich aus dem passiven Nachgeben gegenüber der Forderung von bedrohten Interessen nach Schutz. Er ist eine gänzlich konzeptlose und planlose Politik des bloßen Zurückweichens vor dem Druck der Interessenvertretungen. Der Verdacht ist unabweisbar, daß der neue Protektionismus, wenn er kommen sollte, in Österreich wieder dieselbe Rolle spielen würde. Das läßt sich durch einfache Überlegung plausibel machen. Wir sind auch heute keineswegs frei von Protektionismus, so wie er etwa bei der Vergabe öffentlicher oder öffentlich beeinflußter Aufträge praktiziert wird – und es scheint, daß der Einfluß auf die Effizienz hier eher negativ ist.

Bilateralismus ist vom Protektionismus zu unterscheiden, denn es dreht sich dabei um die Erhaltung oder Erweiterung des Exports, diese Methode ist also prinzipiell nicht auf Restriktion abgestellt. Es muß anerkannt werden, daß Bilateralismus heute schon eine erhebliche Rolle in der Welt spielt. Es ist nicht derselbe Bilateralismus wie zur Zeit Schachts. Er wird in loserer Form in einer Zusammenarbeit zwischen privaten Unternehmen und öffentlichen Stellen durchgeführt. *Business Week* hat vor dreiviertel Jahren eine Reportage darüber geschrieben, gemischt aus heiligem Abscheu vor der „Verzerrung der natürlichen Allokationen" und handfesten Hinweisen darauf, welche guten Geschäftsmöglichkeiten hier unter den heutigen Bedingungen drin stecken. Die Chancen für den Bilateralismus werden ständig größer in dem Maß als sich die Position des Käufers verstärkt, so daß selbst für ein kleines Land hier weitere Möglichkeiten bestehen.

Die von Keynes erhoffte und erstrebte internationale einvernehmli-

che Lösung scheint heute noch weiter weg als zu seiner Zeit. Die Gläubigerländer – U. S., Japan, BRD – sind nicht bereit auf die Vorteile, die sie im Dschungelkampf besitzen, zu verzichten. Die USA speziell, als eine Macht, die ihren Zenith überschritten hat, dürfte durch längere Zeit einen erbitterten Kampf um die Erhaltung ihrer Stellungen führen.

Vielleicht ist eine Lösung im regionalen Maßstab, also für Europa, eher durchführbar. Eine derartige Clearing-Union würde innerhalb der Region Grundsätze des Wohlverhaltens anwenden, ausreichende Liquidität sichern und die Wechselkurse vorwiegend stabil, aber keineswegs unveränderlich halten. Nach außen hin würde sie mit Bilateralismus arbeiten, um keine Defizite entstehen zu lassen. Vor allem aber würde sie nach außen hin eine strikte Kontrolle der Kapitalströme durchführen, um gegen jede Erpressung gefeit zu sein. Womöglich sollte sie auch mit einem Teil des „Südens" Abkommen auf bilateraler Grundlage schließen, ohne dabei diese Länder ausbeuten zu wollen. Eine solche Lösung würde den Weg zu einer vernünftigen Wirtschaftspolitik freimachen, der heute auf allen Seiten durch unsere Abhängigkeit vom Ausland, durch die Rücksicht auf die Zahlungsbilanz, versperrt ist: Budgetpolitik, Zinspolitik, Beschäftigung sind hier blockiert. Augenblicklich scheint dieser Weg noch utopisch, aber man sollte ihn anstreben und vorbereiten, im Vertrauen darauf, daß die Zeit für ihn arbeitet.

Scenario für die Krise

"Banks and bankers are by nature blind." Essays in Persuasion p. 156. *"The present signs suggest that the bankers of the world are bent on suicide."* p. 157.

In den großen Industriestaaten wird die Wirtschaftspolitik in den letzten acht Jahren von Grundsätzen beherrscht, die der Vollbeschäftigungspolitik entgegengesetzt sind; laissez faire ist der Grundsatz, der den ansonsten so verschiedenen Richtungen, die etwa in der Reagan Administration vertreten sind, gemeinsam ist. In dem Maße als sich die Krise vertieft, entstehen jedoch in den Meinungen und Haltungen tiefgreifende Änderungen, da sich Folgen der monetaristischen Politik herausgestellt haben, mit denen man offenbar nicht gerechnet hatte. Auf die neo-konservative Reaktion folgt wieder eine Ernüchterung, die weniger von den Massen ausgeht als von der Geschäftswelt, ja zum Teil sogar von den Banken, die ursprünglich die überzeugten Anhänger und Anstifter des Monetarismus waren. Die großartigen Experimente der Monetaristen haben eine Sprengkraft im Finanzsystem erzeugt, vor der ihren Urhebern selbst bange wird. Die Erschütterung durch Insolvenzen von Ländern und Firmen, die mit dem Fortgang der Krise nur ärger werden kann, hat die Banken in Schwierigkeiten gebracht, die durch die internationale Verflechtung der Kredite einen besonders gefährlichen Charakter erhalten, weil man nicht genau weiß, wer im einzelnen Fall der zuständige „lender of the last resort" ist. Im übrigen sind die Geschäfte der Eurobanken hauptsächlich in Dollars abgewickelt, so

daß etwaige Schwierigkeiten auch nur durch Hilfe in dieser Währung beseitigt werden können, was offensichtliche Komplikationen schafft. Die Finanzkrise ist notwendig eine Währungskrise, das heißt sie bedroht die Währungsreserven.

Als ein Symptom für die neue Einstellung, die durch die Schwierigkeiten der Banken geschaffen wurde, sei ein Bericht von einer Konferenz des „International Institute of Economics" erwähnt, an dem auch ein Vertreter von Morgan Guaranty Trust teilgenommen hat. Der Bericht verlangt, daß vier Länder, U. S., U. K., Japan und die BRD sich auf eine gemeinsame „Reflation" einigen sollen[1]. Wenn die Banken krank sind, wird Morgan ein Keynesianer. Der Hochzinspolitik ist schon im vorigen August ein Ende gesetzt worden und kürzlich hat die *Business Week* das Ende des Monetarismus festgestellt, das ich schon im August aus der Sachlage diagnostiziert habe. In der Tat hat sich die Interessenlage der Banken vollkommen umgedreht. Ihr Interesse liegt nicht mehr wie bisher in hohen Zinsen und Knappheit des Geldes; man kann ja den Banken nur dadurch helfen, daß man mehr Liquidität schafft, mehr Geld in das System pumpt. Die Banken entdecken auf einmal, daß die Leiden ihrer Schuldner auch ihre eigenen sind und daß die Hochzinsen von diesen Schuldnern nicht verkraftet werden können.

Ich glaube nicht, daß die Kalamitäten ein Ende gefunden haben, denn die Insolvenzen können sich mit dem Fortdauern der Krise nur verschlimmern. Die Krise wird nicht eines natürlichen Todes sterben, weil das Vertrauen, die Zuversicht, die Jahrzehnte hindurch die Wirtschaft im Fluß gehalten haben, durch die jahrelange neo-konservative und monetaristische Politik vollkommen zerstört worden sind, und weil man bei 70 Prozent Kapazitätsauslastung keine wirksame und dauerhafte Erholung erwarten kann. Die Krise wird nur enden, wenn man sie durch Expansionspolitik umbringt. Zunächst ist das trotz mancher Anzeichen von Gesinnungswechsel nicht zu erwarten und es wird noch weiterer Schicksalsschläge bedürfen, ehe diese Leute Raison annehmen.

Ich glaube, daß die Herrschaft des Monetarismus auf dem ungeheuren Machtzuwachs der Banken beruht, die auf dem Euromarkt Unabhängigkeit und Gewinne genossen haben wie noch nie vorher. Der Höhepunkt ihrer Prosperität war das Ölgeschäft, aber das ist jetzt vorbei.

Die Schwäche und Stützungsbedürftigkeit der Banken, und was ihnen im weiteren noch alles passieren mag, wird dazu führen, daß sich das politische Kräfteverhältnis wieder zu ihren Ungunsten verändern wird, genau wie das nach 1931 der Fall war. Damals ergab sich in England eine Verschiebung zugunsten der Industrie, mit der Folge von Protektionismus und Devisenbewirtschaftung. Eine Wiederholung dieses Umschwungs als Folge des Prestige- und Machtverlusts der Banken

1 *Promoting World Recovery.* A Statement on Global Economic Strategy by twentysix economists from fourteen countries. Institute of International Economics. Washington D.C. December 1982.

ist in England unvermeidlich. Ich glaube, daß es ähnliche Tendenzen auch in anderen Ländern geben wird, insoweit der Monetarismus unter dem Einfluß der internationalen Banken dort eine Rolle gespielt hat. Es ist daher zu erwarten, daß sich die herrschenden Ideologien und Kräfteverhältnisse in vielen Ländern als Folge der Krise erheblich ändern werden. Dazu dürfte in Europa noch etwas beitragen. Der Gegensatz zwischen Amerika und Europa, der aus dem zunehmenden Konflikt auf den Weltmärkten resultiert, wird sicherlich fortdauern. Wie sich schon gezeigt hat, werden die europäischen Länder, sobald die gemeinsamen Interessen ihrer Industrien durch amerikanische Maßnahmen bedroht sind, zu einer sonst ganz ungewöhnlich solidarischen Haltung gebracht. Man kann auch hierin ein Anzeichen für mögliche Wendungen sehen, die eine europäische Zusammenarbeit im Geiste der Vollbeschäftigungspolitik nicht mehr utopisch erscheinen lassen.

Strukturprobleme und Technologiepolitik

"It is useless to tackle the transfer problem seriously until the jobs have first been created elsewhere, and employers are crying out for men". Can Lloyd George do it? Essays in Persuasion p. 90.

Der Keynesischen Wirtschaftspolitik ist manchmal vorgeworfen worden, sie sei ausschließlich Konjunkturpolitik und klammere die Probleme der längeren Sicht aus. Das ist aber nichts anders als die wirtschaftspolitische Seite der sogenannten neo-klassischen Synthese („bastard Keynesianism"), die eine Entstellung der Theorien von Keynes darstellt. Es entspricht dieser neo-klassischen Synthese, daß sich die Wirtschaftspolitik nur um kurzfristige Schwankungen zu kümmern brauche, die langfristigen (Struktur-)Probleme dagegen der unsichtbaren Hand überlassen werden sollten; hier würden sich die Dinge von selber einrenken, laissez faire sei hier am Platze. Keynes, der Hafeneinrichtungen, Straßen, Brücken, Elektrizitätsversorgung etc. mit Hilfe von halb-öffentlichen Gesellschaften planen und bauen lassen wollte, paßt nicht ganz in dieses Bild.

Auf dem Gebiet der langfristigen Politik sind in Österreich lange Zeit zwei Tatsachen ausschlaggebend gewesen.

Die erste ist die Abwesenheit von Planung, von systematischen Überlegungen über die langfristige Entwicklung der Industrie oder anderer Zweige der Wirtschaft. Das Manko ist besonders auffällig auf dem Gebiet der verstaatlichten Industrie. Der Staat hat ihr gegenüber eine Politik des laissez faire verfolgt, mit dem impliziten Argument „die wissen das eh' besser", fast wie Anhänger der früher genannten neoklassischen Synthese. Eine solche Einstellung übersieht nur eines: Die Funktion der Koordination ist unabdingbar und sie kann nicht von den einzelnen Unternehmen übernommen werden; man braucht dazu einen Generalstab. Eine besonders schwere Folge der jahrzehntelangen Vernachlässigung der Planung besteht darin, daß wir keinen Generalstab aufgebaut haben. Das ist bedauerlich, denn es bedarf vieler Jahre

mühsamer Arbeit, um das erforderliche Team zu selektionieren und zu schulen (multi-disziplinäre Arbeit!). Wir behelfen uns in der Zwischenzeit mit ausländischen Gutachten, die nur die Rolle eines Feigenblattes spielen, mit dem der Mangel einer Industriepolitik beschönigt und unangenehme Entscheidungen gerechtfertigt werden sollen. Unsere Stellung in Verhandlungen mit den multinationalen Konzernen wird durch den organisatorischen Mangel nicht gestärkt: Diese haben es an dem Aufbau von vorbildlichen Planungs- und Forschungsstäben nicht fehlen lassen.

Die zweite Tatsache ist die Abwesenheit einer genügend breiten Innovationstätigkeit und der wirkungsvollen Förderung einer solchen. Über die Ursachen ist viel, und viel richtiges geschrieben worden. Ich möchte hier ein Destillat meiner eigenen Anschauungen über dieses Thema anbieten.

Österreich ist ganz allgemein und schon seit längerer Zeit sehr konservativ im wörtlichen Sinn, das heißt konservierend. Die Institutionen der Nachkriegszeit, die sich in der kurzfristigen Politik so sehr bewährt haben – die Sozialpartnerschaft – haben diese Konservierungstendenz perpetuiert und vielleicht sogar verstärkt. Wir sind so organisiert, daß es für jedes Betätigungsfeld jemanden gibt, der dafür verantwortlich ist und der achtgibt, daß sich kein unbefugter hineinmischt. Wer etwas neues machen will, macht sich zum Feind des bestehenden. Es gibt daher in unserer Industrie wenig neue Unternehmer. Ohne diese wird sich aber nie ein Klima der Innovation herstellen lassen.

Gleichzeitig gibt es auf der Seite der öffentlichen Hand eine Art struktureller Inkapazität zur Innovationsförderung. Die Engpässe sind hier: Die Sparsucht am falschesten Platze; und der Mangel eines Teams von wohl ausgebildeten Fachleuten, die entscheiden könnten, was gefördert werden soll. Das vorherrschende Ideal ist eine Innovationsförderung durch Computer (ähnlich etwa der Eheanbahnung auf diesem Weg) oder durch Roboter. Aber so geht das nicht. Man braucht eine sinnvolle Koordination der Bestrebungen, die nur von Menschen zu leisten ist, mit anderen Worten, eine Technologiepolitik. Es kann nicht genug betont werden, daß Planung – eine vernünftige Planung – nicht eine Sache des Reglements ist, sondern die Erfüllung der Aufgabe, die bestehenden Möglichkeiten und Ansätze herauszufinden und sie zu koordinieren und zu fördern. Wir kommen hier nur wieder zu dem schon erwähnten Generalstab, dem Kern des Pudels. Er muß allen ins Aug gehen, weil er denkt, und darin liegt auch der Grund dafür, daß er so schwer durchzusetzen ist. Wollen wir diesen Weg aber nicht gehn, dann bleibt meiner Überzeugung nach nur der Weg zur Kolonie übrig.